

A N T W O R T

zu der Anfrage der Abgeordneten Astrid Schramm (DIE LINKE.)

betr.: Bedarfszuweisungen des Ministeriums für Inneres und Sport

Vorbemerkung der Landesregierung:

Bedarfszuweisungen sind Teil des sog. Ausgleichsstocks, der in § 16 Kommunalfinanzausgleichsgesetz (K FAG) geregelt ist. Er bildet sich aus festgelegten Anteilen, die der Finanzausgleichsmasse entnommen werden. Bedarfszuweisungen sind demnach kommunale Mittel, die nicht Bestandteil des Landeshaushaltes sind und lediglich nach Maßgabe des K FAG durch das Ministerium für Inneres und Sport zugewiesen werden.

Gemäß § 16 Abs. 10 K FAG können Gemeinden, Gemeindeverbänden und bei ausschließlich kommunaler Beteiligung sowohl Zweckverbänden als auch juristischen Personen des privaten Rechts aus den nach den Vorschriften der Absätze 1 bis 9 nicht verbrauchten Mitteln Bedarfszuweisungen zu Maßnahmen gewährt werden, sofern

1. die Maßnahmen für die öffentliche Sicherheit oder aus dringenden Gründen des Allgemeinwohls notwendig sind,
2. die erforderlichen eigenen Mittel nicht ohne Gefährdung der dauernden Leistungsfähigkeit aufgebracht werden können und
3. die Ziele der Raumordnung beachtet und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt sind.

Bedarfszuweisungen werden – anders als z.B. die Schlüsselzuweisungen, die den Gemeinden zur Deckung laufender Ausgaben dienen – zur Finanzierung vorrangig investiver Maßnahmen zugewiesen. Die Möglichkeit der Anmeldung etwaiger Finanzierungsbedarfe steht jeder Kommune uneingeschränkt zu. Von dieser Möglichkeit machen die Kommunen in unterschiedlichem Maße Gebrauch, da die Antragstellung ausschließlich in den Händen der Kommunen liegt. Die Bedarfszuweisungen sind immer kommunale Eigenmittel. Sie stärken kommunale Eigenanteile.

Welche Bedarfszuweisungen in welcher Höhe sind
in den letzten zehn Jahren
- an die Städte und Gemeinden,
- an die Landkreise,
- an Zweckverbände, andere Körperschaften des
öffentlichen Rechts oder
- an Sonstige
geleistet worden, aufgeschlüsselt nach Jahren und
Adressaten?

Zu Frage 1:

In der Anlage sind Übersichten beigefügt, die die Höhe der gewährten Bedarfszuweisungen und der gewährten Landeszuwendungen von 2004 bis 2014 ausweisen.

Die ausgewiesenen Beträge sind folgenden landeseinheitlichen Förderstrukturgruppen zugeordnet:

Pflichtzuwendungen (gesetzlich vorgeschrieben):

bestehend aus Schlüsselzuweisungen nach dem KFAG, Fonds Kommunen 21, Investitionspauschale u. a.

Investitionszuweisungen und –zuwendungen an die Kommune und kommunale Unternehmen unmittelbar:

bestehend aus Investitionszuweisungen und -zuwendungen an die Kommune oder an kommunale Unternehmen zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur und Standortqualität, Einzelförderungen zu kommunalen Maßnahmen und Projekten.

Sonstige Projektförderung allgemein und Vereinsförderung:

bestehend aus Förderungen allgemeiner Projekte (z.B. Zweckverband eGo-Saar) und von Vereinen aus den verschiedensten Bereichen (z.B. Sport, Kultur, Jugendarbeit, Soziales, Wissenschaft, Gesundheit).

Zuwendungen an übrige Private und Institutionen (außer Wirtschaftsförderung):

bestehend aus Landesbauzuschüssen, Investitionszuwendungen und allgemeinen Zuwendungen an Institutionen innerhalb der Kommunen.

Wirtschaftsförderung:

bestehend aus Industrie- und Investitionsförderung, Gewerbeflächen und Strukturpolitik, Zinszuschussprogramm zur Förderung von Unternehmen, Förderung von Ausstellern auf Messen, Landesausfallbürgschaften, Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsmaßnahmen, Innovation und Technologie, Tourismusprojekten, Zinszuschussprogramm, Ausgleichszahlung, Gesetz zur Senkung von Gewerbesteuerhebesätzen.

Konjunkturpakt Saar:

bestehend aus Förderungen im Rahmen des Bund-Länder-Konjunkturpakets, Säule I, kommunalen Projekten und aus Förderungen im Rahmen von Zusatzprogrammen des Landes (z.B. Landeszusatzprogramm I "Winterprogramm kommunaler Straßenbau").

Kann die Landesregierung Angaben zur Begründung der Bedarfszuweisungen und zu deren volkswirtschaftlichem Multiplikatoreffekt machen?

Zu Frage 2:

Die Begründung der Bedarfszuweisungen ergibt sich aus § 16 Abs. 10 K FAG (siehe Vorbemerkung). Mit diesen werden insbesondere kommunale Baumaßnahmen wie z.B. Schulen, Straßen oder Feuerwehrhäuser (mit-)finanziert. Öffentliche Bauprojekte schaffen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten und verbessern die regionale Versorgung mit öffentlichen Gütern und Infrastrukturleistungen. Neben direkten Einkommens- und Beschäftigungseffekten in der Bauwirtschaft können kommunale Bauprojekte indirekte Folgeeffekte generieren. Sie können private Folgeinvestitionen anstoßen und auf diese Weise Multiplikatoreffekte auslösen. So verbessert der Bau einer Straße die kommunale Verkehrsinfrastruktur. Wenn sich in der Folge neue Unternehmen ansiedeln und neue Arbeitsplätze entstehen, kommt es zu bedeutenden indirekten Wachstums- und Beschäftigungseffekten. Die Höhe der Multiplikatoreffekte lässt sich jedoch auf Ebene eines Bundeslandes kaum ermitteln.

Ist die Landesregierung bereit, dem Landtag des Saarlandes vierteljährlich über die geleisteten Bedarfszuweisungen zu berichten?

Zu Frage 3:

Im Interesse der Kommunen, zur Vermeidung nicht zielführender Vergleiche und aufgrund der jahresbezogenen und mehrfach mehrjahresbezogenen Inanspruchnahme für kommunale Projekte wird auf eine vierteljährliche Auflistung verzichtet, um Fehleinschätzungen zu vermeiden.

Wie steht die Landesregierung zur Schaffung eines Landesinvestitionsgesetzes, in dem die sachlichen Voraussetzungen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit von Investitionen und Bedarfszuweisungen präzise geregelt sind?

Zu Frage 4:

Leitlinie der saarländischen Finanzpolitik ist das Ziel, die verfassungsrechtlichen Vorgaben aus Artikel 109 Abs. 2 GG unter Wahrung des Gebots der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu beachten und gleichzeitig die Fähigkeit zur Finanzierung von zukunftssträchtigen Leitinvestitionen zu bewahren. Die Landesregierung verfolgt insbesondere auch mit den geplanten Leitinvestitionen das Ziel, dass sich die einschlägigen Wirtschaftsindikatoren - ähnlich wie im vergangenen Jahrzehnt - auch im Finanzplanungszeitraum positiv entwickeln werden.

Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse können die Konsolidierungsbemühungen auch vor den Investitionsmaßnahmen nicht halt machen. Vielmehr ist eine Konzentration auf wenige und nachhaltig wirkende Investitionen unabdingbar. Ein Landesinvestitionsgesetz, das die volkswirtschaftlich angestrebten Effekte und wünschenswerten Ziele definiert (ähnlich wie es beispielsweise das Zukunftsinvestitionsgesetz zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 vorgenommen hatte), ist deshalb in der gegebenen Situation für das Saarland nicht zweckmäßig.

Wie in der Vorbemerkung beschrieben, sind Bedarfszuweisungen kommunale Mittel, die durch das Ministerium für Inneres und Sport nach Maßgabe des K FAG den Kommunen zugewiesen werden. Insofern wäre die Schaffung eines Landesinvestitionsgesetzes, in dem sachliche Voraussetzungen hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Sinnhaftigkeit von Bedarfszuweisungen festgelegt würden, nicht zulässig.

Anmerkung:

Die der Antwort der Landesregierung beigefügten Anlagen sind wegen ihres Umfangs der schriftlichen Version nicht beigefügt. Sie können auf der Website des Landtages eingesehen werden.